

Erfolgsbilanz für die Wirtschaft mit starker freiheitlicher Handschrift!

Wir haben jetzt fast genau ein Jahr nach der letzten Nationalratswahl hinter uns und eines kann man sagen, die Bundesregierung setzt die Ideen der Freiheitlichen Wirtschaft zügig um!

Wir von der Freiheitlichen Wirtschaft waren dieses Mal aktiv an den Regierungsverhandlungen beteiligt und konnten unsere Ideen, Visionen und Forderungen einbringen.

Das war in diesem Ausmaß noch nie der Fall!



Um Österreich nachhaltig als starke Wirtschaftsregion mitten in Europa etablieren zu können, bedarf es jedoch großer Anstrengungen aller Verantwortungsträger. Die Herausforderungen der Zukunft müssen mutig angegangen werden. Dazu braucht es ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort sowie einen Entscheidungs- und Umsetzungswillen!

Fairness

heißt, dass es unser Ziel sein muss, dass jeder Erwerbstätige mit einer Vollzeitbeschäftigung gut leben kann. Österreich ist ein Land, in dem Menschen leben, die sich durch Fleiß, Konsequenz und Hausverstand auszeichnen. Dieses wertvolle Potenzial muss von Seiten der Politik und der Wirtschaft entsprechend Anerkennung finden.

Freiheit

in wirtschaftlichen Belangen bedeutet für uns, dass der Bund und die Länder beste steuerliche und rechtliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen. Unternehmen sollen ohne die Last sinnloser Vorschriften und bürokratischer Hürden eigenverantwortlich und kreativ im

internationalen Wettbewerb erfolgreich bleiben. Der Export in andere Länder ist ein zentrales Wirtschaftsfeld und bildet eine wesentliche Grundlage des Erfolges.

Fortschritt

setzt voraus, dass überfällige Reformen umgesetzt werden und eine schlanke und schlagkräftige Verwaltung, mit Behörden die sich als Dienstleister verstehen, ein verlässlicher Partner für die Wirtschaft ist. Um Fortschritt zu ermöglichen, bedarf es besonderer Anstrengungen für die Erstellung einer zeitgemäßen Infrastruktur - für Verkehrs-, Energie-, als auch Datenwege.

Nach jahrelangem Stillstand gibt es dank des freiheitlichen Reformmotors wieder mehr Bewegung.

Die neue bürgerliche Regierungskonstellation macht gerade aufgrund ihrer wirtschaftsfreundlichen Gesinnung und gesellschaftlichen Einstellung Hoffnung auf eine positive Zukunft!

Endlich Entlastungen für Betriebe in der Tourismusbranche

Die Zeiten der stiefmütterlichen Behandlung des Fremdenverkehrs durch die Bundespolitik sind nun beendet und das gibt der ganzen Branche Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Rücknahme der MWST Erhöhung: Die Erhöhung war ein Riesenfehler, die Mehreinnahmen des Bundes standen nie in Relation zur Belastung der Tourismusbranche. Die Rücknahme vor Saisonbeginn war daher dringend nötig.

Facharbeitermangel: Der Tourismus aber auch alle anderen Branchen werden vom Bekenntnis zur neuen Arbeitswelt mit ihren flexiblen Arbeitszeiten profitieren. Die angekündigte Regionalisierung der Mangelberufsliste ist mehr als nur überfällig. Zusammen mit der Saisonverlängerung und der Arbeitszeitflexibilisierung unter Beibehaltung der Normalarbeitszeiten werden diese Maßnahmen Arbeitsplätze schaffen und die Wertschöpfung steigern. Der Tourismus, ist der einzige nicht auslagerbare Arbeitsplatz.

Rauchverbot: Auch die Aufhebung des generellen Rauchverbotes hilft der Gastronomie. So sind die Millionen an baulichen Investitionen nicht sinnlos und man verliert auch die Raucher nicht als Gäste.

Auch wenn gezielte politische Kampagnen von der Sinnhaftigkeit eines generellen Rauchverbotes überzeugen wollen, sind wir Meinung, dass jedes Individuum persönlich für sich entscheidet.

Steuerbegünstigung für Dienstwohnungen:

Moderne und qualitativ hochwertige Unterkünfte sind ein wesentlicher Faktor für die Mitarbeiter im Hotel und Gastgewerbe. Aufgrund des Fachkräftemangels haben zahlreiche Hotelbetriebe in den vergangenen Jahren in Personalunterkünfte investiert. Um die Steuerbegünstigung nicht zu verlieren musste die Sachbezugswerteverordnung angepasst werden. Das ist uns gelungen und daher werden Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer von dieser Steuerbegünstigung profitieren.

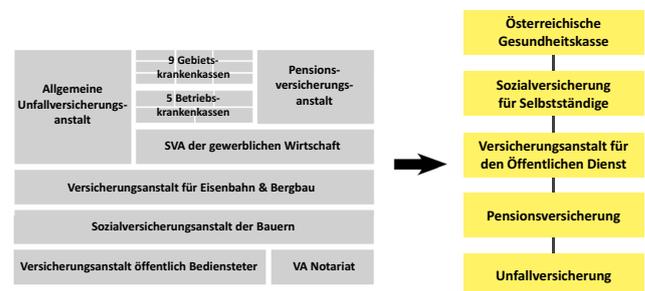
Reform der Sozialversicherung nun in der Umsetzung

Die Selbstverwaltung ist zur Lebenslüge der Sozialversicherungen in der 2. Republik geworden. Das hat zu einer Aufblähung des Apparates, Versorgungsposten, einem Privilegien-Stadt und vor allem zur Misswirtschaft geführt. Über Jahre mussten verschuldete Kassen unter Bezuschussung des Bundes saniert werden.

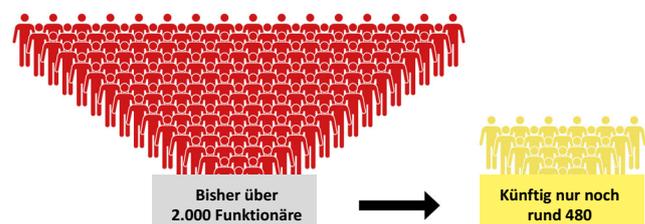
Es ist daher höchste Zeit, dass man diesem überholten System einen Riegel vorschiebt. Niemand in diesem Land braucht 21 Sozialversicherungsträger, schon gar nicht die Versicherten, die diesen Irrsinn zu bezahlen haben.

Dabei braucht man auf die hervorragende ärztliche Versorgung (keine Spitalschließungen) nicht zu verzichten, nur weil ein paar Tintenburgen verschwinden werden. Weil es nicht mehr länger um das Wohl der Funktionäre gehen darf, sondern richtigerweise um das Wohl derer, die das Ganze mit enorm hohen Sozialabgaben bezahlen.

Reform der Sozialversicherung



Dreiviertel weniger Funktionäre



Die ersten Maßnahmen der längst überfälligen Bürokratierreform

Vereinfachung der Personalverrechnung

Im Rahmen der Steuerstrukturreform 2020 kommt es zu inhaltlichen Vereinfachungen in der Lohnverrechnung. So soll es künftig eine einheitliche Dienstgeberabgabe geben und die Prüfung nicht mehr jeweils durch Finanzämter bzw. Gebietskrankenkassen erfolgen, sondern nur mehr durch eine einzige Prüfbehörde innerhalb der Finanzverwaltung.

Standortoffensive der neuen Regierung!

Gute Wirtschaftspolitik muss durch geeignete Maßnahmen wirklich verlässliche Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Österreich schaffen.

Mit dem Staatsziel „Wirtschaftswachstum“ in der Verfassung wird nun eine langjährige Forderung umgesetzt werden. Unter Rot/Schwarz wurde jahrelang eine Antiwirtschaftspolitik betreiben. Streit und wechselseitige Blockaden waren an der politischen Tagesordnung. Jetzt werden Programme umgesetzt und nicht schubladisiert.

Kumulationsprinzip

Immer wieder haben wir in der Vergangenheit darauf verwiesen, dass übertriebene Verwaltungsstrafen die Existenz von Betrieben gefährden. Mit der Entschärfung des Kumulationsprinzips im Verwaltungsstrafrecht hat die neue Regierung nun das richtige Signal gesetzt. Dieses Bekenntnis ist ein Meilenstein im Kampf gegen überbordende Verwaltungsstrafen.

„Gold Plating“

Statt Lippenbekenntnisse und schwammige Absichtserklärungen werden jetzt Nägel mit Köpfen gemacht. Österreich hat in den vergangenen Jahren zu viele Vorgaben mit strengeren – als nötig - Vorschriften eingeführt. Bisher gab es kaum einen Wirtschaftsbereich, bei dem der Gesetzgeber auf eine Überregulierung verzichtet hätte. Vor allem übertriebene Meldepflichten hatten für viele Betriebe einen unnötigen Bürokratieaufwand zur Folge. Auch die Strafen für Unternehmen sind in Österreich wesentlich höher als in anderen EU-Staaten.

Entlastungen für Unternehmer - Plan der Steuerreform 2020

Dabei wird es unter anderen um die Senkung der Steuerabgabenquote in Richtung 40 Prozent und Vereinfachung des Steuerrechts durch eine Steuerstrukturreform und zwar mit folgenden Maßnahmen gehen:

- Zusammenfassung sämtlicher lohnabhängiger Abgaben in einer sogenannten **einheitlichen Dienstgeberabgabe**
- Die **Verkürzung der Abschreibungsdauer** bzw. **Erhöhung der Werte von geringfügigen Gütern**
- **Beseitigung der Kalten Progression ab 2022**
- **Senkung des Körperschaftssteuersatzes** von 25 in Richtung 20 Prozent.
- **Pauschalierung für Kleinunternehmer** bis 30.000 Euro Umsatz

- **Rechtssicherheit bei Betriebsübergaben** in der Familie
- Veröffentlichung im **Amtsblatt der Wiener Zeitung** soll endlich **abgeschafft** werden
- **und vieles mehr!**



Neue Arbeitswelten und Fachkräfte für die Wirtschaft

Arbeitszeitflexibilisierung:

12-Stunden-Tage: JA, 60-Stunden-Wochen: NEIN!

Statt in einer seriös geführten Debatte zwischen Normalarbeitszeit und Tageshöchstleistungszeit zu unterscheiden werden Fake News und Arbeitskampfpapieren verbreitet und holt sich dafür auch noch Streikberater aus dem Ausland. Die dringend notwendige faire Modernisierung der Arbeitszeit bedeutet jedoch nur, dass an einzelnen Tagen länger gearbeitet werden darf, um wichtige Termingeschäfte oder Projekte abschließen zu können. Die Normalarbeitszeit bleibt unverändert und Überstunden werden ausbezahlt.

Nur damit sichert man Arbeitsplätze und nicht mit klassenkämpferischen Forderungen nach einer 6. Urlaubswoche oder Kürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Das würde nämlich die Arbeitskosten massiv erhöhen und wäre damit eine Bedrohung für viele Arbeitsplätze in diesem Land.

Klarstellung Lehre und Asyl!

Die Rechtssicherheit für die Wirtschaft ist wichtig! Gesetze sind einzuhalten und dürfen unter dem Deckmantel der Humanität auch nicht gebrochen werden. Asyl hat nicht zwingend etwas mit dem Integrationswillen zu tun, sondern bedeutet sichere Aufnahme von Menschen, die in ihrem Heimatland verfolgt werden. Eine Umgehung des Gesetzes kann daher nicht toleriert werden. Das ist weder schäbig noch wirtschaftlich dumm.

Mangelberufsliste und Maßnahmen bei der dualen Ausbildung

Die Einführung einer regionalen Mangelberufsliste zur Abdeckung von saisonal erhöhten Fachkräftebedarf ist wichtig und richtig.

Die Maßnahmen zur Stärkung, Förderung und vor allem die Aufwertung des Ausbildungsweges Lehre waren notwendiger denn je.

Reform der Wirtschaftskammer - Senkung der Umlagen

Wir sind die Reformkraft und damit der Reformtreiber für diese Regierung. Dank unserer Initiativkraft ist nun viel Bewegung in die Politik und auch die Wirtschaftskammer gekommen, wo jetzt endlich einige unserer jahrelangen Forderungen in Angriff genommen werden!

Die geplante Gesamtsumme von insgesamt 60 Millionen an Beitragsentlastungen durch die Wirtschaftskammer, die wir angeregt und mitbeschlossen haben, kann sich durchaus sehen lassen. Die Senkung der Kammerumlage I und II sowie die degressiv gestaffelte Kammerumlage I sind der richtige Weg zu mehr Beitragsgerechtigkeit. Auch dass Investitionen im Hinblick auf die Kammerumlage I überhaupt beitragsfrei gestellt werden, findet unsere Zustimmung.

Auch die Mehrfach-Grundumlagen innerhalb einer Fachgruppe werden abgeschafft und für die Mitgliedsbetriebe wird in Zukunft pro Fachgruppe nur noch eine Grundumlage vorgeschrieben. Auch unsere Forderung, dass Neugründer im Jahr nach der

Gründung zur Gänze von der Grundumlage befreit werden, fand Niederschlag, denn schließlich haben wir im Sinne unserer Mitglieder dafür gekämpft!

Damit hat die WKÖ als Unternehmervvertretung ein wichtiges Signal gesetzt und man darf nun gespannt sein, ob der AK auch so ein Reformpaket, welches auch ihre Zwangsmitglieder massiv entlastet, gelingt. Denn während die WKÖ Punkt für Punkt Reformen liefert, scheint die AK in Schockstarre verfallen zu sein und hat außer Streik nichts mehr im Kopf. Es ist daher höchste Zeit, dass die Bundesregierung das Heft in die Hand nimmt und die Kollektivverweigerung des Arbeitnehmerverbandes beendet, denn eine Halbierung der Beitragsätze für die Zwangsmitglieder der AK wäre ein Gebot der Stunde!

Wir werden auch weiterhin der Reformmotor sein und unseren Beitrag für ein wirtschaftsfreundliches Österreich leisten! Dafür steht die Freiheitliche Wirtschaft und dafür werden wir uns einsetzen!